

BUD / Interpellation Freund Christian-Eichberg vom 4. März 2026

Verzögerung und Mehrkosten beim Bundesasylzentrum Altstätten sowie beim Regionalgefängnis

Antwort der Regierung vom 26. Mai 2026

Christian Freund-Eichberg erkundigt sich in seiner Interpellation vom 4. März 2026 nach Verzögerungen und Mehrkosten beim Bau des Bundesasylzentrums Altstätten und des Regionalgefängnisses Altstätten.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Interpellation umfasst Fragestellungen zum Neubau des Bundesasylzentrums in Altstätten im Auftrag des Bundes sowie zur Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses und der Staatsanwaltschaft in Altstätten im Auftrag des Kantons St.Gallen. Beim kantonalen Projekt ist das Hochbauamt des Kantons St.Gallen für die Planung und Realisierung verantwortlich.

Durch die klare Trennung von Projektbearbeitung und Projektverantwortung zwischen Bund und Kanton beschränkt sich die Fragebeantwortung auf das kantonale Projekt.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Sind sowohl das Bundesasylzentrum als auch das Regionalgefängnis von den Verzögerungen betroffen? Mit wie vielen Tagen bzw. Monaten wird gerechnet?*

In der Botschaft vom 26. Oktober 2021 zum Kantonsratsbeschluss über einen Nachtragskredit betreffend Altlastensanierung im Zusammenhang mit der Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses und der Staatsanwaltschaft Altstätten (33.21.02) wurde festgehalten, dass eine verbindliche Aussage zu den Terminen schwierig ist. Aus diesem Grund wurde bis jetzt auch noch kein offizieller Übergabetermin genannt.

Aus heutiger Sicht gibt es aber keine aussergewöhnliche Verzögerung des Projekts und das Hochbauamt geht in der aktuellen Terminplanung von einer Inbetriebnahme gegen Ende 2027 aus.

2. *Welche konkreten Mängel oder Probleme wurden im Rahmen der Bauarbeiten festgestellt?*

Beim kantonalen Projekt wurden keine Mängel festgestellt.

3. *Was sind die Ursachen der Kostensteigerungen? In welcher Höhe bewegen sich die Mehrkosten aktuell?*

Beim kantonalen Projekt werden keine Kostensteigerungen gegenüber dem bewilligten Kreditrahmen erwartet.

4. *Welche Kosten sind durch die bereits gepflanzten grossen Bäume entstanden? Weshalb wurde auf grosse statt auf junge Bäume gesetzt?*

Beim kantonalen Projekt wurden noch keine Bäume gesetzt und entsprechend sind noch keine Kosten entstanden.

5. *In welcher Form ist die Regierung in die Planung, Projektsteuerung und Kontrolle dieser Bauvorhaben eingebunden?*

Beim kantonalen Projekt werden die Generalsekretäre des Bau- und Umweltdepartementes und des Sicherheits- und Justizdepartementes dreimal jährlich mit einem Projektstatusbericht informiert. Zudem beschliesst die Regierung jährlich das Hochbautenprogramm, das sämtliche Hochbauprojekte umfasst.

6. *Wer trägt die finanzielle Verantwortung für allfällige Planungs- oder Ausführungsfehler?*

Beim kantonalen Projekt sind keine erwähnenswerten Planungs- oder Ausführungsfehler bekannt. Die finanzielle Verantwortung wäre im konkreten Fall festzustellen und zu regeln.

7. *Wie wird sichergestellt, dass weitere Verzögerungen und Mehrkosten verhindert werden?*

Das Projektmanagement im Hochbauamt begleitet das kantonale Bauvorhaben eng und überprüft monatlich die Kosten- und Terminprognosen. Regelmässige Rundgänge auf der Baustelle und die Teilnahme an Projektsitzungen sind Teil des Qualitätsmanagements des Hochbauamtes.

8. *Welche Auswirkungen haben die Verzögerungen auf die Unterbringungssituation im Kanton?*

Beim kantonalen Projekt sind keine aussergewöhnlichen Verzögerungen zu erwarten. Wie bereits unter Ziff. 1 erwähnt, wird mit einer geregelten Inbetriebnahme gegen Ende 2027 gerechnet.